

Seinen ureigenen Lebensplan mit Hilfe der geistigen Welt finden

Das bekannte deutsche Medium Lydia vermittelte am Donnerstag im Rahmen eines medialen Abends im Golfpark Nuolen spannende Einblicke in die Arbeit mit der geistigen Welt.

Von Tanja Holzer

Nuolen. – Ein Nahtoderlebnis eröffnete ihr wortwörtlich neue Welten. Und doch wurde aus Verena Lydia Linnecke aus dem deutschen Rosenheim nicht über Nacht das berühmte Medium Lydia. Von Sabine Giger des Giger Verlags Altendorf zum medialen Abend eingeladen, sprach Linnecke am Donnerstagabend im Schulungsraum des Golfparks Nuolen über ihren langen Weg und die aussergewöhnliche Arbeit und überbrachte den Anwesenden persönliche Botschaften aus der geistigen Welt. «Ein Unfall hat in meinem Leben die Wende gebracht», erzählte Linnecke. «Danach habe ich mich auf den jahrelangen Ausbildungsweg eines Mediums gemacht.»

Vieles bezweifelt
Zu Beginn ihrer Lernjahre in England habe sie vieles bezweifelt oder sich auch mal gedanklich gegen die geistige



Mit viel Herz und Humor sprach Medium Lydia am Donnerstag während eines medialen Abends über die geistige Welt und den persönlichen Lebensplan.

Bild Tanja Holzer

Welt aufgelehnt, gestand sie. Die Ausbildung sowie Bestätigungen im Alltagsgeschehen hätten sie eines Besseren belehrt. Sie habe erkannt, dass das, was uns manchmal unsinnig

erscheine, meist erst später seinen Sinn offenbare. «Die geistige Welt ist für uns da, sie hilft uns – sofern wir es zulassen», betonte Linnecke. Sie hinterfrage Botschaften nie, er-

klärte sie weiter. Sie gebe sämtliche Nachrichten direkt weiter. Jeder Mensch habe geistige Führer, doch das eigene Denken würde die reibungslose und bereichernde Kommu-

nikation mit der geistigen Welt stören oder gar verhindern. Linnecke liess sich selbst intuitiv durch den medialen Abend führen.

Scheinbar ziellos schlenderte Linnecke durch den Raum. Mit einem sehr bodenständigen und teils schwarz angehauchten, sympathischen Humor erzählte sie aus und über das Leben und die verschiedenen Bewusstseinswelten. Sporadisch blieb sie vor jemandem stehen und trat in einen persönlichen Dialog. Die dann übermittelten Botschaften trafen oft mitten ins Herz des Empfängers. Es waren beeindruckende und manchmal emotionale Momente.

Spezieller Lebensplan

Ihre Spezialität sei nicht die Übermittlung von Botschaften an Hinterbliebene, so Linnecke. Vielmehr lege sie das Beratungsschwergewicht auf den Weg der Lebenden. Jeder Mensch habe einen speziellen Lebensplan. Diesen lese sie in Einzelstunden, leiste so Entscheidungshilfe und ver helfe zu Klarheit.

Von Donnerstag bis Freitag wird Linnecke erneut in unsere Region reisen, um Menschen in persönlichen Gesprächen zu beraten. Wer interessiert ist, kann über Sabine Giger, Telefon 055 442 68 48, einen Termin vereinbaren.

LESER SCHREIBEN

Zurück an den Absender

Stimmen Sie am 17. Mai Nein zum Biometriezwang beim neuen Reisepass. Erst 2003 und 2006 wurden neue Schweizer Pässe eingeführt. Unsere Politiker und Behörden in Bern haben diese als die fälschungssichersten Dokumente weltweit angepriesen. Nun sollen ab 1. März 2010 wieder neue Pässe zwingend für alle notwendig sein. Der neue Pass soll einen Chip tragen, auf dem die biometrischen Daten, unter anderem auch Fingerabdrücke, gespeichert werden. Sämtliche Daten werden in einer zentralen Datenbank gespeichert. Insbesondere junge Schweizer Bürgerinnen und Bürger wehren sich gegen den unsicheren Chip sowie die zentrale Datenbank, weil sie als EDV-Generation genau wissen, wie schnell Missbrauch mit den Daten gemacht werden kann. Eine zentrale Datenbank wird weder von den USA noch von Schengen verlangt. Die Speicherung der Daten auf dem Pass ist sicherer machbar als die nun vorgeschlagene Lösung. Sagen Sie Nein, und schicken Sie die Vorlage an den Absender zurück. Damit wird der Weg für eine bessere und sicherere Vorlage möglich.

ROLAND URECH, SVP-KANTONS RAT, GOLDAU

Nein zum biometrischen Zwang

Am 17. Mai stimmen wir über die obligatorische Einführung des Biometrischen Passes ab. Jeder Schweizer Bürger wird verpflichtet, einen solchen zu kaufen. Nicht nur das: Das neue Gesetz gibt dem Bundesrat die Kompetenz, auch die Identitätskarte zwangsweise biometrisch zu verordnen. Es gibt jedoch viele Bürgerinnen und Bürger, die keine solche teure biometrische Identitätskarte benötigen. Denken sie an ihre Grossmutter, die vielleicht nie mehr einen Schritt ins Ausland macht. Auch diese wird gezwungen, in eine Zentrale zu fahren, ihre Augen und Fingerabdrücke zu vermessen und eine teure Identitäts-

karte zu kaufen. Oder die massiven Kosten, die für eine Familie anfallen.

Diese aufgenommenen Daten werden in einem zentralen Datensicherungssystem gespeichert. Das ist wohl einmalig in Europa. Warum ist klar: Wo zentral gelagert wird, ist es einfach, die Daten zu knacken. Nicht umsonst sind insbesondere die Jungparteien gegen dieses neue Gesetz. Denn die Jungen sind im Zeitalter des Internets aufgewachsen und wissen um die einfache Erschleichung von fremden Daten, das sogenannte «Hacken».

Einige EU-Länder haben keinen obligatorischen Biometrischen Pass, wie Grossbritannien, Dänemark oder Irland. Wir Schweizer als Nicht-EU-Mitglieder sollen uns aber einmal mehr von der EU erpressen lassen? Ich sage ganz klar Nein zum biometrischen Zwang und einer zentralen Aufbewahrung unserer persönlichen Daten. Mit einem Nein geben wir den Weg frei für die Wahlfreiheit: Wer einen biometrischen Pass oder eine biometrische Identitätskarte braucht, bekommt diese. Wer nicht, soll weiterhin die Möglichkeit eines chipfreien Ausweises haben. WENDELIN SCHELBERT, PRÄSIDENT SVP MUOTATHAL, RIED

Wirtschaftskrieg gegen die Schweiz

Man hat die Schweiz auf die graue Liste der OECD gesetzt. Gleichzeitig hat man echte Steueroasen wie Hongkong und Singapur bewusst weggelassen, sonst hätte China die Veröffentlichung der Listen verhindert. Die Steueroasen der britischen Krone wie die Isle of Man, Guernsey und Jersey erscheinen gar auf der weissen Liste. Das wirft die Frage auf, nach welchem Standard diese Listen erstellt werden. Bei genauem Betrachten wird klar, dass der Entschluss der G20 auf das Bestreben der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens zurückgeht, die ihre eigene Steueroase und ihre beiden Finanzplätze gegenüber der Konkurrenz stärken wollen. Die massive Drohung gegen die Schweiz ist Beispiel einer neuen Art von Kriegsführung. Der Ausserminister Luxemburgs, Jean Asselborn, hat dies in ei-

nem Interview mit dem Deutschlandfunk auf den Punkt gebracht. Ziel sei es, Finanzorten wie die Schweiz ins Abseits zu drängen und die weltweiten Kapitalflüsse auf die City von London und auf die Wallstreet zu lenken. Diese leiden seit ihren Finanzkrisen unter chronischem Liquiditätsmangel und benötigen dringend Kapital.

Professor Jason Sharman ist Steuerfachmann beim Centre for Governance and Public Policy an der Griffith Universität in Nathan. Bei seinen weltweiten Tests ist die Schweiz sofort ausgeschieden, sagt Sharman, «sie verlangt eine sehr genaue Identifizierung». Micheline Calmy-Rey und alle anderen sollen sich gegen diese Angriffe wehren. Wir können alle Namen nennen, die für die Finanzkrise verantwortlich sind. Leider werden sie nicht zur Verantwortung gezogen. Es sind Namen von bekannten Persönlichkeiten, die aktiv zur Einführung der maroden Finanzierung beigetragen hatten – entweder durch den Ruf nach Liberalisierung der Finanzmärkte oder durch Verzicht auf staatliche Kontrollen. Kein Volk sollte zulassen, dass durch Steuerelder solche Verirrungen wieder gestopft werden. MARTLIES BORTH, SCHINDELLEGI

Den Wald trotz lauter Bäumen sehen

Am 17. Mai stimmen wir Schwyzerinnen und Schwyzer über die Teilrevision des Steuergesetzes ab. Für die natürlichen Personen bringt die Vorlage einen teilweisen Ausgleich der kalten Progression und höhere Kinderabzüge. Bei den juristischen Personen wird die Gewinnsteuer reduziert und die Kapitalsteuer zu einer Minimalsteuer umgestaltet. Für Vereine werden die Freigrenzen beziehungsweise Abzüge erhöht. Zugegeben: Das alles klingt trocken und kompliziert. Um den Wald trotz lauter Bäumen zu sehen, sollten wir uns auf das Wesentliche beschränken: Die Vorlage erhöht die Steuerattraktivität unseres Kantons nachhaltig. Die SVP will einen starken und attraktiven Wirtschafts-, Finanz- und Werkplatz Schwyz. Unsere Wirtschaft muss wieder wachsen,

damit Arbeitsplätze geschaffen und der Wohlstand erhalten werden kann. Dem Einzelnen und den Unternehmen muss am Ende des Jahres mehr im Portemonnaie bleiben, damit die Investitions- und Konsumtätigkeit gestärkt wird. Das ist die einzige wirksame Konjunkturankurbelung. Darum sage ich Ja zur Steuerreform.

ALEXANDER LACHER, PRÄSIDENT SVP FREIENBACH, PFAFFIKON

Steuerentlastung für alle Schwyzer Steuerzahler

Die Teilrevision des Steuergesetzes ist eine Win-Win-Geschichte. Darum haben alle bürgerlichen Parteien die Ja-Parole beschlossen. Der Kantonsrat hat das Gesetz mit grossem Mehr befürwortet. Im Vorfeld der Abstimmung versuchen nun die linken Parteien, die Vorlage zu torpedieren. So gründlich man diese gegnerischen Argumente betrachtet, es lassen sich beim besten Willen keine objektiven oder stichhaltigen Begründungen finden. Was spricht denn gegen die steuerliche Entlastung von KMU und Familien? Wer kann gegen den Ausgleich der kalten Progression sein? Was ist gegen höhere Abzüge für Kinder in Schule und Ausbildung einzuwenden? Wer nervt sich nicht über die Besteuerung von Vereinsvermögen, wo meist ehrenamtliche Tätigkeiten in Sport- und Kulturvereinen mit Staatsabgaben bestraft werden? Falls Sie diese Fragen mit «Nichts» oder «Niemand» beantworten, empfehle ich Ihnen, am 17. Mai ein Ja zur Steuervorlage einzulegen und die fundamentale Opposition der Genossen und Gewerkschaften ins Leere laufen zu lassen. ARMIN MÄCHLER, SVP-KANTONS RAT, GALGENEN

Steuerreform: Ist das Familienpolitik?

Für untere und mittlere Einkommen steigen die Steuern jährlich stärker als die Teuerung. Das bedeutet trotz Lohnhöhung meist einen realen Einkommensverlust. Erstens ist das

ungerecht, und zweitens schwächt es die Kaufkraft, was gerade in Krisenzeiten besonders schädlich ist. Darum muss diese kalte Progression von Zeit zu Zeit korrigiert werden. Mit der Steuerreform vom 17. Mai wird die kalte Progression der letzten Jahre aber nur zur Hälfte ausgeglichen. Mit anderen Worten: Die Hälfte dieses Ausgleichs wird uns vorenthalten, und die macht doppelt so viel aus wie die Kinder- und Vermögensabzüge. Ist das Familienpolitik? Da hilft nur ein Nein zur Steuerreform.

MARTIN REICHLIN, PRÄSIDENT SP KANTON SCHWYZ, BRUNNEN

Jetzt sind die Familien dran

Liegen Ihre Stimmunterlagen noch auf dem Tisch? Schreiben Sie bei der Frage betreffend Teilrevisions des Steuergesetzes ein Nein auf die Zeile. Ein Nein, weil man in Krisenzeiten keine Millionen verschenkt – und dies noch zu Gunsten von Grossfirmen, Familien, kleinere und mittlere Einkommen und Kleinfirmen bleiben auf der Strecke. Dem Kanton, den Bezirken und Gemeinden gehen mit der Steuerrevision rund 100 Mio. Fr. an Steuereinnahmen verloren. Neben stark reduzierten Einnahmen aufgrund der Wirtschaftskrise und nach der Abschaffung der Handänderungssteuer verlieren die Gemeinden weitere Steuereinnahmen und gelangen in Schieflage. Die logische Konsequenz: Die Steuern werden erhöht und die Leistungen werden abgebaut. Familien trifft es dabei doppelt und dreifach: Die erhöhten Kinderabzüge werden durch die drohenden Steuererhöhungen gleich wieder weggefrassen. Die kalte Progression bedeutet für die unteren und mittleren Einkommen eine heimliche Steuererhöhung. Der Steuerreformentwurf will diese Teuerung nur zur Hälfte ausgleichen. Auch der drohende Leistungsabbau werden die Familien am Meisten spüren. Es muss endlich Gegensteuer gegeben werden.

ROMY LALLI-BEELER, SP-KANTONS RÄTIN, BRUNNEN